



Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 03/2011

24. Juni 2011

100 Tage SPD-Regierung



Foto: Birgit Winter/PIXELIO

Rathaus

Die ersten 100 Tage des neuen SPD-Senats zeigen, weshalb die Hamburgerinnen und Hamburger am 20. Februar der SPD ein so eindrucksvolles Mandat gegeben haben: Verlässlichkeit war das wichtigste Wahlversprechen, das jetzt konsequent eingelöst wird.

Einen besonderen Stellenwert haben dabei Investitionen in die Zukunft der Stadt. Das dringend erforderliche Wohnungsbauprogramm, die Rücknahme der Kita-Gebühren und die Abschaffung der Studiengebühren werden auf den Weg gebracht.

Ab 2020 muss die im Grundgesetz festgeschriebene „Schuldenbremse“ eingehalten werden. Bis dahin muss der Hamburger Haushalt ausgeglichen sein. Nach Jahren unsolider Haushaltspolitik durch CDU-geführte Senate, werden die für das kommende Jahr vorhergesagten Steuermehreinnahmen nicht für neue Projekte zur Verfügung stehen können. Stattdessen muss ein 200-Millionen-Euro-Wohnungs-

baudarlehen beim Bund getilgt werden und der Hamburgische Versorgungsfond erhält 710 Mio. Euro zur Sicherstellung der Pensionszahlungen für Beamtinnen und Beamte. Diese 710 Mio. Euro zeigen, dass die 13 Mrd. Euro für die Rettung der HSH-Nordbank - anders als es uns der CDU-geführte Senat weismachen wollte - den Hamburger Haushalt ganz erheblich belasten und diese Verluste ausgeglichen werden müssen.

Nicht zuletzt wird die Neuverschuldung gesenkt und die Rücklagen der Stadt werden geschont. Dafür werden alle einen Beitrag leisten müssen, damit Hamburg auch zukünftig handlungsfähig bleibt.

In dieser Ausgabe:

KÜRZUNGEN BEI DEN ARBEITSGELEGENHEITEN	2
BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET FÜR KINDER IN HAMBURG	2
DIE FINANZIERUNG DER HOCHSCHULEN	3
EINFÜHRUNG WEITERER TEMPO-30-ZONEN	3
KONTAKT ZUM WAHLKREISBÜRO	4
BEFRISTETER MITARBEITERNENRWECHSEL IM BÜRO	4
SOMMERTOUR MIT ANDREAS DRESSSEL	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Umfallen bei der Bundesregierung Verlässlichkeit beim SPD-Senat

Verlässlichkeit ist in der Politik ein hohes Gut. Bürgerinnen und Bürger wählen alle vier Jahre eine Regierung, und erwarten, dass sie dann umsetzt, was im Wahlkampf versprochen wurde. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass diese

Erwartung oft enttäuscht wurde. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Verhalten der Bundesregierung in der Frage der Atomenergie. Nach der letzten Bundestagswahl hatten CDU und FDP es eilig, den von Rotgrün beschlossenen Ausstieg rück-

gängig zu machen. Auch gesellschaftliche Proteste, Demonstrationen und warnende Stimmen, dass die Technologie nicht beherrschbar sei, brachten sie nicht von ihrem Vorhaben ab. Doch als sich nach der Katastrophe von Fukushima

Fortsetzung auf S. 2

Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

Fortsetzung Kommentar

der Protest in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen auch in Wahlschlappen niederschlug, machte die Regierung Merkel eine 180-Grad-Wende. Jetzt war alles richtig und wichtig, was vorher mindestens den Untergang der deutschen Wirtschaft bedeuten sollte. Welches Signal geht von diesem abrupten Politikwechsel aus?

Schließlich sind es immer noch dieselben Verantwortlichen, dieselben Minister und nicht zuletzt dieselbe Bundeskanzlerin. Das Signal ist: Wenn es um den eigenen Machterhalt geht, werden Werte und Überzeugungen über Bord geworfen. Der Eindruck ist fatal und gefährlich für eine Demokratie! Davon hebt sich der neue Hamburger Senat positiv

ab. Die Versuchung hätte groß sein können, nach der Mai-Steuerschätzung vom angekündigten Weg der Haushalts-Konsolidierung abzuweichen und die zusätzlichen Steuergelder einfach auszugeben. Stattdessen wird eine langfristige Finanzplanung vorgenommen, die zeigt, dass sich auf Ankündigungen des Senats verlassen werden kann.

Drastische Kürzungen von Schwarzgelb auf Bundesebene

Auswirkungen auf die Hamburger Arbeitsmarktpolitik



Ksenija Bekeris in der Bürgerschaft

Seit Anfang des Jahres gibt es eine teilweise heftige öffentliche Debatte um die Arbeitsgelegenheiten (AGH), die so genannten „Ein-Euro-Jobs“, in Hamburg. Oft wird dabei der Eindruck erweckt, der neue Senat würde die Mittel bei diesen Programmen für Langzeitarbeitslose drastisch kürzen. Tatsächlich wurde eine Kürzung vorgenommen – durch die schwarzgelbe Bundesregierung, die das Budget für die Stadt Hamburg in diesem Jahr um 50 Mio. von 184 auf 134 Mio. Euro gekürzt hat!

Der schwarz-grüne Vorgänger-Senat ignorierte diesen Zusammenhang. Er hat für das erste Halbjahr 2011

eine Halbjahres-Richtgröße von durchschnittlich 7250 AGH-Plätzen öffentlich gemacht. Dass dann konsequenterweise im 2. Halbjahr nur noch rechnerisch 5050 AGHs zur Verfügung stünden, wurde nicht kommuniziert. Jobcenter team.arbeit.hamburg wird den Trägern jetzt auf Basis des ihnen für das gesamte Jahr 2011 zur Verfügung stehenden Budgets einen erheblichen Spielraum einräumen, ihre Mittel für das 2. Halbjahr zu verplanen. Jahresdurchschnittlich werden 6150 AGHs bewilligt.

Trotz der Kürzungen aus Berlin müssen so keine stadtpolitisch wichtigen Projekte gestoppt werden. Eine Lö-

sung hat Sozialsenator Scheele auch für die Schulküchen und die Pfortnerlogen gefunden. Diese so wichtigen Projekte bleiben erhalten und werden verstetigt. Das ist ein wichtiger Erfolg des neuen Senats. Trotzdem wird es weiter Umstrukturierungen geben müssen. Für die SPD wird dabei im Mittelpunkt stehen, dass mit den knappen Mitteln Arbeitslose wieder in reguläre Arbeit gebracht werden. Nur so schafft man für die Menschen verlässliche und dauerhafte Perspektiven. Im August wird das neue Arbeitsmarkprogramm des SPD-Senats vorgestellt und in der Bürgerschaft diskutiert.

KSENIJA BEKERIS:

„WIR MACHEN POLITIK FÜR ALLE MENSCHEN UND NICHT NUR FÜR EINE KLEINE BESSERE GESTELLTE KLIENTEL“

Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in Hamburg

Frau von der Leyen hat mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für Hartz-IV-Kinder ein Bürokratiemonster geschaffen. Die SPD hatte sich auf Bundesebene stattdessen für direkte Investitionen in die

bessere Ausstattung von Schulen und anderer Einrichtungen ausgesprochen. Senator Detlef Scheele hat nun ein unbürokratisches Verfahren eingeführt – damit möglichst viele Betroffene es

in Anspruch nehmen und davon profitieren können. Die Bewilligungsbescheide der Jobcenter gelten als Nachweis für die 10 Euro monatlich im Bereich Sport, Kultur und Freizeit.

Fortsetzung Bildungspaket

Damit müssen die Menschen nicht zusätzlich zur Behörde gehen und lange Anträge stellen. Ksenija Bekeris dazu: „Ich begrüße ausdrücklich dieses einfache Verfahren. Die anderen Bundesländer sollten sich diesem Verfahren anschließen.“ Alle bedürftigen Kinder sol-

len in Hamburg vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren. Deshalb hat die Stadt Hamburg freiwillig aus eigenen Mitteln das Paket auf die Kinder von Asylsuchenden ausgeweitet. Gleichzeitig wurde mit Bremen eine Bundesratsinitiative gestartet, mit dem Ziel dies bundesweit so

zu handhaben. Ksenija Bekeris befürwortet diese Maßnahmen: „Wir zeigen damit, dass wir tatsächlich Politik für alle Menschen in der Stadt machen und nicht nur für eine kleine besser gestellte Klientel wie der Vorgängersenk.“

Die Finanzierung der Hochschulen Eine nicht ganz einfache Debatte

Die Debatte und Proteste um die Hochschulfinanzierung zeigen, wie wichtig es für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist, sich für Bildungsgerechtigkeit einzusetzen. Die angeheizte Atmosphäre muss aber auf eine sachliche Ebene zurückgebracht werden. Die Belange der Studierenden und der Hochschulen sind zu wichtig, als dass sie emotional und unsachlich geführt und damit Lösungsansätze nicht ergriffen werden können.

Dass die Hochschulen weitere Mittelsteigerungen verlangen, ist wie für jede andere Institution in Hamburg nachvollziehbar. Für die Hochschulen gilt aber ebenso, dass finanzielle Mittel endlich sind. Zudem werden den Hochschulen tatsächlich

mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Zuweisungen steigen bis 2012 von aktuell 242,5 Mio. auf 244,8 Mio. Euro. Aus Bundesmitteln erhalten die Hochschulen zusätzlich mehr als 60 Mio. Euro.

Festzuhalten bleibt aber auch, dass die Studiengebühren in Hamburg ab dem Wintersemester 2012 abgeschafft werden! Die SPD hat damit ein zentrales Wahlversprechen zügig umgesetzt. Die Studiengebühren werden den Hochschulen voll kompensiert. Tarifsteigerungen werden nicht aus dem Etat der Behörde für Wissenschaft und Forschung sondern aus dem Gesamthaushalt getragen.

Die Hochschulen stehen vor einem gewaltigen Sanie-

rungsbedarf der Gebäude. „Die notwendigen 800 Mio. Euro aus dem Haushalt zu gewährleisten ist ein immenser Kraftakt für die Stadt, aber die Hochschulen müssen und können sich auf die Zusagen des Senats verlassen.“, erklärt Ksenija Bekeris.

Für ein erfolgreiches Studium ist jedoch mehr erforderlich als gute Lehrbedingungen. Gerade sozial schwächere Studierende sind auf günstige Miete, Essen und studierende Eltern auf verlässliche Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Kürzungen an der Stelle des Studierendenwerks sind deshalb auszunehmen. „Ich werde mich dafür einsetzen, die Kürzungen an dieser Stelle zurückzunehmen.“ so Ksenija Bekeris.

**KSENIJA
BEKERIS:**

„DIE
NOTWENDIGEN
800 MIO. EURO
AUS DEM
HAUSHALT ZU
GEWÄHRLEISTEN
IST EIN IMMENSER
KRAFTAKT FÜR DIE
STADT, ABER DIE
HOCHSCHULEN
MÜSSEN UND
KÖNNEN SICH AUF
DIE ZUSAGEN DES
SENATS
VERLASSEN“

Einführung weiterer Tempo-30-Zonen in Hamburg Bei uns nur die Dithmarscher Straße

2009 war eine Liste von 250 Straßen erstellt worden, für die die Einführung von Tempo-30-Zonen überprüft werden sollte. 59 Straßen wurden daraus vom schwarzgrünen Senat übernommen. Jetzt führt der SPD-Senat 91 weitere Tem-

po-30-Zonen ein – davon 16 in Hamburg-Nord. Im Wahlkreis Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg handelt es sich um die Dithmarscher Straße. Weitere Straßen werden überprüft werden. Die SPD-Bezirksfraktion hat einen Antrag in die Bezirks-

versammlung eingebracht, der die Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Hamburg-Nord zum Ziel hat. Darin ist auch die Überprüfung von zunächst abgelehnten Straßen vorgesehen.



Wilhelmine Wulff/PIXELIO

Tempo 30

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

MEIN WAHLKREISBÜRO IM HERZEN BARMBEKS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 51906908

Fax: 040 51906910

E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di-Fr 9-13 Uhr

Mi: 9-19 Uhr

Ausschüsse:

- Arbeit, Soziales und Integration
- Haushalt

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de



Foto: Beate Schmid-Janssen

Das Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris

Befristeter MitarbeiterInnenwechsel im Abgeordnetenbüro



Foto: Beate Schmid-Janssen

Sören Tomasek

Vom 24. Mai bis voraussichtlich Ende Februar 2012 ist Beate Schmid-Janssen in Mutterschutz und Elternzeit. Die Öffnungszeiten des Abgeordnetenbüros ändern sich nicht.

Der Politikwissenschaftler Sören Tomasek übernimmt in dieser Zeit die Betreuung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration. Er ist dienstags- und mittwochvormittags im Büro anzutreffen.

Der Jurastudent und Vorsitzende der Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg Alexander Kleinow ist für den Haushaltsausschuss zuständig. Seine Bürozeiten sind montags und donnerstagvormittags.

Die Begleitung wahlkreispezifischer Themen übernimmt Alf-Tomas Epstein, der nach wie vor mittwochnachmittags und freitagvormittags im Büro anzutreffen ist.

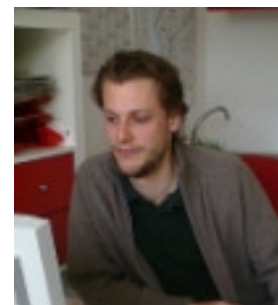


Foto: Beate Schmid-Janssen

Alexander Kleinow

Sommertour mit Andreas Dressel

SPD-Fraktionsvorsitzender am 8. August im Wahlkreis 09

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Andreas Dressel besucht am Montag, den 8. August den Wahlkreis 09, zu dem die Stadtteile Barmbek, Dulsberg, Uhlenhorst und Hohenfelde gehören. Er will sich über die Lage im Wahlkreis informieren und über die Politik des neuen Senats

berichten. Zunächst besucht er gemeinsam mit den Bürgerschaftsabgeordneten des Wahlkreises Ksenija Bekeris, Sven Tode und Sylvia Wowretzko sowie den SPD-Bezirksabgeordneten des Wahlkreises einige Einrichtungen und Initiativen. Von 15-17 Uhr findet die Abschluss-Veranstaltung in der

Bascherie des Barmbek Basch statt. Thema ist dort das Barmbek Basch selbst und dessen Zukunft wie auch alle anderen interessierenden Fragen zum Stadtteil. Zum Treffen im Barmbek Basch sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Sonntag, 21.8. von 14 bis 18 Uhr:

Sommerfest des SPD-Distrikts Barmbek-Mitte auf dem Biedermannplatz